



AMTLICHE NACHRICHTEN

NIEDERÖSTERREICH

Nr. 20 / Jahrgang 2017 / St. Pölten, 31. Oktober 2017

30 Jahre ecoplus-Regionalförderung gefeiert

LH Mikl-Leitner: „Regionalförderung ist eine Erfolgsgeschichte“



Feierten 30 Jahre ecoplus-Regionalförderung: ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki, Wirtschafts-Landesrätin Petra Bohuslav, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, ecoplus-Aufsichtsratsvorsitzender Klaus Schneeberger und ecoplus-Geschäftsführer Jochen Danninger (v.l.n.r.). (Foto: Pfeiffer)

Im NV-Forum der Messe Wieselburg konnten die ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki und Jochen Danninger zahlreiche Gäste bei der Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre Regionalförderung – gestern, heute, morgen“ begrüßen, unter ihnen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Wirtschafts-Landesrätin Petra Bohuslav, ecoplus-Aufsichtsratsvorsitzender Klaus Schneeberger und Keynote-Speaker Professor Peter Filzmaier. Die Regionalförderung sei „eine Einrichtung, die ganz eng mit der Entwicklung Niederösterreichs verknüpft ist“, so Miernicki.

Erfolgsgeschichte

Heute feiere man ein „wunderbares Jubiläum“, begann Landeshauptfrau Mikl-Leitner ihre Festrede: „Diese Regionalförderung ist wahrlich eine Erfolgsgeschichte!“ In den Statements ihrer Vorredner Landesrätin Bohuslav, ecoplus-Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Schneeberger, Keynote-Speaker Professor Filzmaier, Loisium-Geschäftsführer Kühmayer und Familienarena St. Corona-Geschäftsführer Morgenbesser habe man „den unglaublichen Stolz, etwas in der Region geschafft zu haben“ gespürt: „Danke für diesen Elan, für diesen Stolz und für diese Kraft am Weg nach vorne!“

„Diese Erfolgsgeschichte hat natürlich auch ihren Ursprung“, hielt Mikl-Leitner fest, dass dieser in der Entscheidung einer eigenen Landeshauptstadt in Niederösterreich liege. „Diese Entscheidung hat große Freude ausgelöst, erstmals eine eigene Landeshauptstadt zu bekommen, sie hat aber auch Angst und Sorge ausgelöst, dass der ländliche Raum vergessen wird“, führte die Landeshauptfrau aus, dass man sich mit dem „Ja“ zu einer eigenen Landeshauptstadt dafür entschieden habe, die Regionalförderung einzuführen, um die Regionen weiterzuentwickeln. Heute könne man sagen: „Beides ist aufgegangen!“

„St. Pölten hat sich in den letzten 30 Jahren zu einem Ort der Landesverwaltung und Landespolitik entwickelt, wo auch viele Institutionen wie die Wirtschaftskammer oder die Arbeiterkammer ihren Sitz gefunden haben, und St. Pölten ist zu einer Kulturstadt geworden“, erinnerte Mikl-Leitner daran, dass im Kulturbezirk kürzlich erst das Haus der Geschichte eröffnet worden sei und sich Stadt und Land gemeinsam für die Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2024 bewerben. Außerdem hätten sich in St. Pölten hunderte Betriebe angesiedelt, und es seien dadurch tausende Arbeitsplätze geschaffen und gesichert worden. „Parallel dazu konnten sich die Regionen entwickeln, wo dank der Regionalförderung mehr als 2.800 Projekte umgesetzt werden konnten“, betonte die Landeshauptfrau, dass alle Projekte einstimmig beschlossen worden seien. „Im Blick zurück können wir sagen: Wir können heute auf das beste Niederösterreich schauen und bauen!“ Als Landeshauptfrau sei es ihr ein wichtiges Anliegen, Niederösterreich mit all seinen Regionen weiterzuentwickeln. Die gelbe Tür von ecoplus sei „ein Symbol, den Schritt in die Zukunft zu wagen und aus den heutigen Herausforderungen, neue Perspektiven und Chancen zu machen“, betonte Mikl-Leitner, dass Niederösterreich und seine Regionen „sehr viele Zukunftschancen haben“.



Übersiedlung des
Umweltbundesamtes
Tipps für die Heizsaison



Modernste Technologien

„Modernste Technologien machen es möglich, die Unterschiede zwischen dem urbanen und ländlichen Raum aufzuheben“, informierte die Landeshauptfrau, dass viele Dinge bereits vorbereitet und in Umsetzung seien, etwa die Breitbandinitiative, weitere Cluster-Bildung und der Ausbau von Forschungseinrichtungen. All das würde dazu führen, „dass der ländliche Raum noch mehr gewinnt“: Dass sich neue Betriebe ansiedeln, neue Ideen und Regionalprojekte entstehen und mehr Familien in den ländlichen Regionen dazukommen. Es gebe einen „Trend raus aufs Land“, diesen müsse man fördern, so Mikl-Leitner.

Man feiere heute nicht nur 30 Jahre Regionalförderung, sondern auch deren Zukunft. „Die Regionalförderung muss auch weiterhin Bestand haben“, informierte die Landeshauptfrau, dass heute, Donnerstag, im Landtag, beschlossen wird, diese um weitere zehn Jah-

re bis 2027 zu verlängern. Damit wolle man „für Planungssicherheit in den Regionen sorgen“. Sie sei davon überzeugt, „dass der ländliche Raum Zukunft hat“ und „dass Ihre Ideen zu Chancen in den Regionen und zu neuen Perspektiven beitragen kann“, bedankte sich die Landeshauptfrau bei den Verantwortungsträgern.

22.000 Arbeitsplätze

In den letzten 30 Jahren konnten durch die Regionalförderung Investitionen von insgesamt rund 3 Milliarden Euro ausgelöst werden und dadurch konnten 22.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden, sprach Bohuslav von „einem Potpourri an Projekten“, das entstanden sei: Es seien Thermen entstanden, Technologiezentren oder auch Landesausstellungen. „Die Regionen können definieren, wo liegen unsere Stärken“, führte die Landesrätin aus, dass durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Regionen, den Projektträgern und dem Land Niederösterreich zukunftsweisende Projekte entstehen.

ecoplus-Aufsichtsratsvorsitzender Schneeberger führte aus, dass man damals denselben Betrag für die Entstehung der Landeshauptstadt für die Regionen zur Verfügung gestellt habe. Das seien damals rund 7 Milliarden Schilling (heute umgerechnet: 500 Millionen Euro) gewesen und das habe zu einer Entwicklung in allen Regionen geführt. Niederösterreich habe sich „von einem Agrar- zu einem Wirtschafts- und Technologieland“ entwickelt, und das sei von der Regionalförderung begleitet worden. „Es war immer klar: Die Idee muss aus der Region kommen“, so Schneeberger über die Stärke der Regionalförderung. In seiner Keynote „Veränderung als Chance. Die Zukunft der Regionen“ verwies Politik- und Kommunikationswissenschaftler Peter Filzmaier auf die Österreichische Gemeindestudie 2015, wonach der Zufriedenheitswert der Bevölkerung mit der Lebensqualität in ihrer Gemeinde bei 90 Prozent liege. Dennoch gebe es Herausforderungen: „Es gibt den Auftrag weiterzumachen.

Die Lebensqualität muss erhalten bleiben“, betonte Filzmaier, dass diese nicht nur erhalten werden müsse, sondern, dass der Anspruch auch sei, noch besser zu werden. Die Regionalförderung sei eine Erfolgsgeschichte, „die Bilanz ist beeindruckend“: 2.825 Projekte, 1,2 Milliarden Euro Förderung und EU-Kofinanzierung, 1.050 betreute Beratungen und 2,9 Milliarden Euro ausgelöste Investitionen. Was die Regionalförderung ausmache sei, dass die Idee aus der Region komme, dass man sich mit dem Förderträger über Handlungsrahmen und Ziele austausche, die Einbindung starker Partner und Promotoren, Vertrauen, Lernfähigkeit, Transparenz, Offenheit und Flexibilität. Stellvertretend für die Projekte, die im Rahmen der Regionalförderung in den vergangenen 30 Jahren umgesetzt worden sind, stellten Geschäftsführerin Adelheid Kühmayer die Loisium WeinErlebnisWelt und Geschäftsführer Karl Morgenbesser die Familienarena St. Corona am Wechsel vor.

Übersiedlung des Umweltbundesamtes von Wien nach Klosterneuburg



Bundesminister Andrä Rupprechter, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klosterneuburgs Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager mit der unterzeichneten Grundsatzklärung (v.l.n.r.) (Foto: Pfeiffer)

In einem Pressegespräch informierten Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Bundesminister Andrä Rupprechter und Klosterneuburgs Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager zum Thema „Weichenstellung für mehr Dezentralisierung“ und unterzeichneten anschließend die Grundsatzklärung für das Projekt „Übersiedelung Umweltbundesamt nach Klosterneuburg“.

Digitalisierung, Deregulierung und Dezentralisierung

„Wenn es um den Standortvorteil und die Lebensqualität in Niederösterreich geht, dann ist das mit den drei D's verbunden: Digitalisierung, Deregulierung und Dezentralisierung“, hielt Landeshauptfrau Mikl-Leitner fest, dass das für die Stärkung des ländlichen Raumes und auch für die Ballungsräume gelte. In allen Bereichen seien sie und Bundesminister Rupprechter auf einer Wellenlänge, hob Mikl-Leitner den „Masterplan für den ländlichen Raum“ hervor, den man im Juli in Niederösterreich präsentiert habe. Diesen gelte es nun „Schritt für Schritt umzusetzen“.



Gerade die neue Zeit mit modernsten Technologien und der Digitalisierung bringe „un glaubliche Chancen“ für den ländlichen Raum mit sich. „Ich bin überzeugt davon, dass es mit modernsten Technologien möglich ist, den Unterschied zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum zu verkleinern“, betonte die Landeshauptfrau weiters, dass das „für alle gleiche Chancen“ bedeute und man dadurch den Trend der Urbanisierung stoppen und das Comeback des ländlichen Raums beschleunigen könne. Auf einer Wellenlänge sei sie mit Bundesminister Rupprechter auch, Bundesdienststellen in die Bundesländer zu bringen – dass das möglich sei, zeigten andere Länder vor, führte Mikl-Leitner aus, dass 25 Prozent der Bundesbehörden Deutschlands oder der Schweiz dezentral angesiedelt seien, in Österreich hingegen seien es nicht einmal fünf Prozent. „Das wollen wir ändern!“, so Mikl-Leitner.

Gemeinsames Anliegen sei es, Bundesdienststellen in die Länder zu bringen, sprach die Landeshauptfrau von einem „Mehrwert“. Man könne dadurch „ein Mehr an Arbeitsplätze“ und ein „Mehr an Lebensqualität“ erreichen. In den vergangenen Jahren habe man bereits erfolgreich Bundesdienststellen nach Niederösterreich geholt, nannte Mikl-Leitner als Beispiele das IST Austria in Klosterneuburg, die Donau-Universität Krems, die Universität für Bodenkultur in Tulln und die Zentrale der Bundesforste in Purkersdorf. Diese Institutionen hätten sich bestens entwickelt und es seien qualitätsvolle Arbeitsplätze in Niederösterreich entstanden.

„Heute wollen wir einen weiteren Meilenstein setzen: die Übersiedlung des Umweltbundesamtes von Wien nach Niederösterreich“, bedankte sich die Landeshauptfrau bei Bundesminister Rupprechter für die Entscheidung und bei Klosterneuburgs Bürgermeister Schmuckenschlager für die Vorbereitung. Das Umweltbundesamt solle mit seinen rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach Klosterneuburg kommen, betonte Mikl-Leitner, dass es damit gelinge, „den Standort Niederösterreich aufzuwerten“. Mit dieser Übersiedlung hole man „die größte Experten-Institution im Umweltbereich in Österreich und eine der führenden Umweltberatungsstellen in Europa nach Niederösterreich“.

„Für diese Übersiedlung brauchen wir rund 46,5 Millionen Euro“, führte die Landeshauptfrau aus, dass das Land Niederösterreich und Klosterneuburg bereit seien, das Bauvorhaben mit zwölf Millionen Euro zu unterstützen. „Das ist gut investiertes Geld“.

Mit der Übersiedlung des Umweltbundesamtes von Wien nach Niederösterreich nehme man eine Weichenstellung vor und es gelte nun zu überprüfen, welche Bundesdienststellen unbedingt in Wien bleiben müssten und welche mittel- oder langfristige in ein Bundesland verlegt werden könnten. Als weiteren Schritt für Niederösterreich nannte die Landeshauptfrau die Verlagerung der Sektion Wien/NÖ/Burgenland der Wildbach- und Lawinerverbauung nach Niederösterreich.

Bundesminister Rupprechter betonte, dass ihm lebenswerte Regionen ein wichtiges Anliegen seien und er daher einen Regionalschwerpunkt in seinem Ressort gesetzt und in einem großen Bürgerbeteiligungsprozess den „Masterplan für den ländlichen Raum“ entwickelt habe. „Das Ergebnis ist eine umfangreiche, res-

sortübergreifende Strategie für den ländlichen Raum. Der Masterplan stellt Themen in den Mittelpunkt, die den Menschen in den Regionen am Herzen liegen – vom Breitbandinternet über die Gesundheitsversorgung bis hin zu zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen“, führte Rupprechter aus, dass die Dezentralisierung ein Schwerpunkt im Masterplan sei. „Hier geht es darum Behörden und Institutionen von den Zentren an die Peripherie zu verlagern“, so Rupprechter. Er habe das Institut für Föderalismus mit einer Studie beauftragt, der zufolge gebe es in Österreich große Potentiale durch die Verlagerung von Bundesdienststellen.

„Zurzeit haben wir 95 Prozent der Bundesdienststellen in der Bundeshauptstadt konzentriert“, ergänzte der Bundesminister, dass sich nur vier von 68 Bundesbehörden nicht in Wien befänden, drei Einrichtungen davon gehörten zu seinem Ressort. Und man gehe weiter mit gutem Beispiel voran, sagte Rupprechter, dass man im Jahr 2016 das Bundesamt für Wasserwirtschaft in Scharfling am Mondsee (Oberösterreich) angesiedelt habe und die Verlagerung der Sektion Wien/Niederösterreich/Burgenland der Wildbach- und Lawinerverbauung nach Niederösterreich in Vorbereitung sei.

500 Mitarbeiter

Man habe nun den Dezentralisierungsprozess angestoßen und werde diesen gemeinsam mit den Ländern umsetzen, betonte Rupprechter: „Unser Ziel ist, in zehn Jahren zehn Prozent der Bundesbehörden in die Regionen zu verlegen. Wir sprechen hier von einer Größenordnung von ca. 3.500 Arbeitsplätzen.“ Heute stelle man die Weichen für das nächste große Projekt: Man werde das Umweltbundesamt mit seinen rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die derzeit in Wien auf vier Standorte verteilt seien, nach Klosterneuburg verlagern. Man hätte ohnehin eine Entscheidung gebraucht, weil an den vier Standorten akute Platznot herrsche und die Büroräumlichkeiten nicht mehr den Standards entsprächen. Damit verbunden habe man gleich die Entscheidung den Standort nach Niederösterreich zu verlagern, betonte der Bundesminister, dass er davon überzeugt sei, „dass Klosterneuburg ein sehr guter Standort für das Umweltbundesamt ist“. „Wir haben eine sehr gute Lösung gefunden, die erforderlichen Mittel in der Höhe von rund 46,5 Millionen Euro gemeinsam aufzubringen. Ab heute suchen wir eine geeignete Fläche in Klosterneuburg“, betonte Rupprechter, dass der neue Standort mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein solle. Seitens seines Ressorts habe man seit fast 150 Jahren mit der Höheren Bundeslehranstalt und dem Bundesamt für Wein- und Obstbau einen wichtigen Standort in Klosterneuburg, man wolle auch Synergien zwischen dem Umweltbundesamt und der Schule nutzen. Föderalismus sei für ihn nicht nur ein Schlagwort, sondern Multilevel-Governance brauche auch Institutionen, die dies auch umsetzen könnten. „Das Umweltbundesamt ist eine wichtige Schnittstelle zwischen der EU, dem Bund, Ländern und auch den Gemeinden und mit diesen neuen Standort in Zukunft noch mehr“, so Rupprechter.

Bürgermeister Schmuckenschlager sprach von „einem guten Tag für Klosterneuburg“ und dass dieser auch „ein guter Tag für Niederösterreich“ sei, denn mit der Stand-



ortsentscheidung, das Umweltbundesamt von Wien nach Klosterneuburg zu verlegen, werde „ein Signal gesetzt“. Seitens der Stadt sei man bemüht, mit der Übersiedlung auch gleich die Verwaltung mitzuentwickeln. Klosterneuburg sei ein sehr guter Standort, hob Schmuckenschlager hervor, dass sich hier das IST Austria, die Höhere Bundeslehranstalt und das Bundesamt für Wein- und Obstbau sowie das Stift mit seiner Stiftsgeschichte befänden. „Standort und Entwicklung wird immer wichtiger“, führte der Bürgermeister aus, dass auch dafür Klosterneuburg ein guter Boden sei.

Klosterneuburg bekomme nicht nur mehr Arbeitsplätze, sondern vor allem in einer Situation, wo man in den vergangenen Jahren Rückschläge erlitten habe, hielt Schmuckenschlager fest, dass 2013 der letzte Soldat abgezogen und die Bundesstelle der Landesverteidigung mit den Pionieren abgesiedelt worden sei und, dass mit der Bau-max-Gruppe der größte Arbeitgeber verschwunden sei. Man könne somit nun eine „Trendumkehr schaffen“, bedankte sich der Bürgermeister aus diesem Blickwinkel für die Standortentscheidung, mit dieser könne man „einen wesentlichen Beitrag für die Stadtentwicklung leisten“.

Tipps für die Heizsaison



Im Bild von links nach rechts: LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf und Bundesinnungsmeister Peter Engelbrechtsmüller.

(Foto: Reinberger)

Die Energieexpertinnen und Experten der Energie- und Umweltagentur NÖ haben die zu erwartenden Energiekosten für die kommende Heizsaison unter die Lupe genommen. Die Energiepreise von Öl und Gas sind wieder gestiegen, im Vergleich zum Vorjahr wird man diese Saison mit einer Gasheizung in unserem Beispielhaus um 280 Euro mehr zahlen.

Energiekosten

Für den Energiepreisvergleich wurden die Energiekosten eines 25 Jahre

alten durchschnittlichen Einfamilienhauses berechnet. Die Energiekosten der betrachteten erneuerbaren Heizsysteme wie Erdwärmepumpe, Pelletheizungen und Scheitholzheizungen sind wesentlich geringer als die der fossilen Heizsysteme. Verglichen mit einer Öl- bzw. Gasheizung wird man diese Saison mit einer Holzheizung um die 500 Euro weniger, mit einer Erdwärmepumpe sogar nur die Hälfte zahlen. Wer seine Heizung mit Scheitholz betreibt oder eine

Erd-Wärmepumpe besitzt, heizt am günstigsten. „Fossile Energieträger haben beim direkten Brennstoffkostenvergleich keine Chance. Dieser Trend bestätigt einmal mehr unser Bemühen und unsere Arbeit für die Energiewende“, so LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf.

Wie sich die Energiepreise in Zukunft entwickeln, lässt sich nicht vorhersagen. Vor hohen Preisen kann man sich jedenfalls durch eine gut gedämmte Gebäudehülle schützen. „Gerade in unsanierten Altbauten besteht sehr hohes Einsparpotenzial, eine Einsparung von 50 Prozent der Heizkosten ist keine Seltenheit. Auch der Wohnkomfort steigt durch die Dämmmaßnahmen stark an“, weiß Herbert Greisberger, Geschäftsführer der Energie- und Umweltagentur NÖ.

Ein neuer und effizienter Heizkessel kann sich auszahlen, in den letzten Jah-

ren hat sich bei der Heizkesseltechnik viel getan. Wenn der Kessel 15 Jahre oder älter ist, sollte über einen Tausch nachgedacht werden. Bis zu 20 Prozent Einsparung sind so möglich. Der „Heizungs-Check“ der Energieberatung NÖ verrät, ob der Heizkessel getauscht werden soll und wo man noch wertvolle Energie einsparen kann.

Förderung

Der Klima- und Energiefonds des Bundes unterstützt den Einsatz von klimaschonenden und umweltfreundlichen Heizungsanlagen und fördert die Errichtung von Pellet- und Hackgutzentralheizungsgeräten sowie Pelletkaminöfen in privaten Haushalten. Für eine Förderung eingereicht werden kann noch bis 30. November 2017 nach einer einmaligen Registrierung auf www.holzheizungen.klimafonds.gv.at.

Inhalt

Ausschreibungen

- 5 Diverse
- 6 Hochbau
- 7 Stellenausschreibungen



Anbotsausschreibungen

Diverse

Land Niederösterreich, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten:
Generalplanerleistungen für das IST Austria Laborgebäude für Life Science und Seminarzentrum - Verhandlungsverfahren

Art des Auftrags:

Dienstleistungen

Offizieller Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
 Land Niederösterreich, Landhausplatz 1, 3109, St. Pölten, Url:
www.harrerschneider.at, E-mail: istaustria@harrerschneider.at

Beschreibung: Art des Dienstleistungsauftrags

Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber: Generalplanerleistungen für das IST Austria Laborgebäude für Life Science und Seminarzentrum

Ort der Ausführung, der Lieferung bzw. Dienstleistungserbringung:

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: 4/IST-I24-GP
 Bedingungen für Erhalt der Ausschreibungsunterlagen / Erhältlich bis: .

Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: **09.11.2017, 12:00 Uhr**

Sonstige Informationen:

Der vollständige Text dieser Bekanntmachung ist unter <http://www.noel.gv.at/ausschreibungen> abzurufen.

Land Niederösterreich vertreten durch das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, NÖ Straßenbauabteilung Hollabrunn, Aspersdorferstraße 28, 2020 Hollabrunn: **STBA1, Route Nord/Mitte - Durchführung von Räum- und/ oder Streuleistungen für den Straßenwinterdienst auf Landesstraßen B und L ab der Winterperiode 2018/19 im Betreuungsbereich der Straßenmeisterei Eggenburg im Bereich der NÖ Straßenbauabteilung 1 - Offenes Verfahren**

Art des Auftrags:

Dienstleistungen

Offizieller Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
 Land Niederösterreich vertreten durch das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, NÖ Straßenbauabteilung Hollabrunn, Dipl.-Ing. Werner Pribil, Aspersdorferstraße 28, 2020, Hollabrunn, Tel: +43 29522381-610010, Fax: +43 29522381-610001, E-mail: post.stba1@noel.gv.at

Beschreibung:

Art des Dienstleistungsauftrags

27 - Sonstige Dienstleistungen

Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber: STBA1, Route Nord/Mitte - Durchführung von Räum- und/ oder Streuleistungen für den Straßenwinterdienst auf Landesstraßen B und L ab der Winterperiode 2018/19 im Betreuungsbereich der Straßenmeisterei Eggenburg im Bereich der NÖ Straßenbauabteilung 1

Beschreibung / Gegenstand des Auftrags: Räum- und/oder Streuleistungen im Betreuungsbereich der Straßenmeisterei Eggenburg

Ort der Ausführung, der Lieferung bzw. Dienstleistungserbringung: Betreuungsbereich der Straßenmeisterei Eggenburg

Verfahrensart:

Offenes Verfahren

Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: STBA1-BE-319/005-2017

Bedingungen für Erhalt der Ausschreibungsunterlagen / Erhältlich bis: 13.11.2017.

Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: **14.11.2017, 09:00 Uhr**

Sonstige Informationen:

Der vollständige Text dieser Bekanntmachung ist unter <http://www.noel.gv.at/ausschreibungen> abzurufen.

L-634427-7a20

Gemeindeverband für Abfallwirtschaft im Raum Schwechat, Industriestraße 2, 2432 Schwadorf: **Problemstoffe 2017 - Offenes Verfahren.**

Gegenstand des Auftrags: Erfassung von Problemstoffen im Pflichtbereich des AWS; CPV-Codes: 90000000;

Erfüllungsort: Verbandsgebiet AWS (AT); Ausschreibungsunterlagen erhältlich unter : www.auftrag.at;

Schlussstermin Angebote/Teilnahmeanträge (Datum oder Tage nach Versendung): **01.12.2017 11:00 Uhr.**

Anbotsöffnung: 01.12.2017 11:15, 2432 Schwadorf, Industriestraße 2; Datum der Versendung der Bekanntmachung zur Veröffentlichung im Amtsblatt der EU: 23.10.2017; .L-634427-7a20;

Land Niederösterreich vertreten durch das Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Straßenbetrieb (Maschinen und KFZ), Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten: **Abt. Straßenbetrieb Finanzierung der Anschaffung von Kraftfahrzeugen, Baumaschinen und Geräten für den NÖ Straßendienst 2018 - Offenes Verfahren**

Art des Auftrags:

Dienstleistungen

Offizieller Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
 Land Niederösterreich vertreten durch das Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Straßenbetrieb (Maschinen und KFZ), Landhausplatz 1, 3109, St. Pölten, Url: www.noel.gv.at, E-mail: post.st2@noel.gv.at

Beschreibung:

Art des Dienstleistungsauftrags

Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber: Abt. Straßenbetrieb Finanzierung der Anschaffung von Kraftfahrzeugen, Baumaschinen und Geräten für den NÖ Straßendienst 2018

Ort der Ausführung, der Lieferung bzw. Dienstleistungserbringung:

Verfahrensart:

Offenes Verfahren

Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: ST2-M-4/014-2018
 Bedingungen für Erhalt der Ausschreibungsunterlagen / Erhältlich bis: .

Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: **04.12.2017, 10:00 Uhr**

Sonstige Informationen:

Der vollständige Text dieser Bekanntmachung ist unter <http://www.noel.gv.at/ausschreibungen> abzurufen.



1. Sektorenauftraggeberin: Niederösterreichische Verkehrsorganisationsgesellschaft m.b.H., Riemerplatz 1, 3100 St. Pölten, Homepage: www.noevog.at
2. Kontaktperson: RA, MMag. Dr. Claus Casati, Mariahilfer Straße 1b/17, 1060 Wien, E-mail: office@casati.at
3. Gegenstand: **Abschluss Rahmenvereinbarungen betreffend Verkehrsleistungen auf der Wachaubahn (Krems-Emmersdorf) und am Reblausexpress (Retz-Drosendorf): Los1: Wachaubahn (Krems-Emmersdorf); Los 2: Reblausexpress (Retz-Drosendorf)**
4. Vertragsdauer: Die Vertragsdauer der Rahmenvereinbarung beläuft sich auf 2 Jahre mit der ausschließlich der NÖ-VOG zustehenden Option, die Vertragsdauer 2x um jeweils 1 Jahr zu verlängern.
5. Verfahren: Offenes Verfahren mit vorangehender Bekanntmachung im Oberschwellenbereich nach Teil III Bundesvergabegesetz. Ein Angebot ist bei der Kontaktperson bis spätestens **5.12.2017, 10:00 Uhr** (einlangend bei Kontaktperson) in physischer Form abzugeben (nicht per EMail/Telefax). Zugelassen ist ausschließlich die deutsche Sprache.
6. Teilvergabe ist zulässig; Abänderungs-/Alternativangebote sind unzulässig
7. Nachprüfungsbehörde: Landesverwaltungsgericht Land Niederösterreich
8. Auftrag ist vom GPA-Übereinkommen erfasst
9. Nähere Informationen, insbesondere Ausschreibungsunterlagen sind bei Kontaktperson erhältlich. Hingewiesen wird darauf, dass zwar der Abruf der Ausschreibungsunterlagen nicht zwingend ist. Dazu wird jedoch angeraten, weil allfällige Berichtigungen dieser Informationen und Anfragebeantwortungen ausschließlich an die Personen erteilt werden, die die Unterlagen abgeholt haben bzw. entsprechendes Interesse bei Kontaktperson kundgetan haben.

Hochbau

L-633791-7a13;
 Auftraggeber: Gemeindeverband für Abfallwirtschaft im Raum Schwechat, Industriestraße 2, 2432 Schwadorf;
 Bezeichnung: **AWS Wirtschaftshof; Beschreibung: Gebäudetechnische Ausrüstung für Heizung, Kühlung, Lüftung, Sanitär sowie Mess-Steuerungs- und Regelungstechnik – Direktvergabe mit Bekanntmachung**
 Erfüllungsort: Schwadorf(AT122); Schlusstermin: **29.10.2017**;
 .L-633791-7a13;

ARTES Grundstückvermietungs GmbH, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten: **LANDESGALERIE NÖ_Estrichlegerarbeiten (3) - Offenes Verfahren**

Art des Auftrags: Bauauftrag
 Offizieller Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers: ARTES Grundstückvermietungs GmbH, Frau Ulrike Kern, Hypogasse 1, 3100, St. Pölten, Tel: +43 590910-3336, Fax: +43 590910-3117, E-mail: galerienoe@hyponoe-immobilien.at
 Beschreibung: Art des Bauauftrags, Ausführung
 Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber: LANDESGALERIE NÖ_Estrichlegerarbeiten (3)
 Beschreibung / Gegenstand des Auftrags: Estrichlegerarbeiten
 Ort der Ausführung, der Lieferung bzw. Dienstleistungserbringung: 3500 Krems, Franz-Zeller-Platz
 Verfahrensart: Offenes Verfahren
 Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: LAD3-LIEG-18027/282-2016 (3)

Bedingungen für Erhalt der Ausschreibungsunterlagen / Erhältlich bis: 07.11.2017, Kosten 0,00 Euro.

Zahlungsbedingungen und -weise: Kostenfreier Download von der Beschafferplattform „<https://noe.vemap.com>“.

Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: **07.11.2017, 11:00 Uhr**

Sonstige Informationen:

Der vollständige Text dieser Bekanntmachung ist unter <http://www.noegv.at/ausschreibungen> abzurufen.

Um- und Zubau der Neuen Mittelschule Poysdorf in 2170 Poysdorf, Hindenburgstraße 34 auf dem Grundstück Nr. 3542/3, Bezirk Mistelbach, NÖ

Auftraggeber: Mittelschulgemeinde Poysdorf, Josefsplatz 1, 2170 Poysdorf, Tel: 02552/2200, Fax: 02552/2200-11, gemeinde@poysdorf.at

Bekanntmachung gemäß §46, Abs.1 BVergG: **Beabsichtigte Vergabe von Bauaufträgen, offenes Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung im Unterschwellenbereich**, Hinweis gemäß §46, Abs.2 BVergG: die Anerkennung bzw. Gleichhaltung der Gewerbeordnung 1994 zu den §373c – Niederlassungsfreiheit und Regelungen für die Anerkennung von Ausbildungsnachweisen; §373d Befähigungsnachweis für das betreffende Gewerk ist erforderlich.

Berechneter Gesamtauftragswert gemäß §14 BVergG: ca. netto € 2.665.000,00

Ausschreibende Stelle: Architekt DI Werner Zita, Korneuburgerstraße 14, 2103 Langenzersdorf, Tel: 02244/4270, Fax: 02244/4270-20, buero.zita@zita.at

Beabsichtigte Ausschreibung für nachstehend angeführte Gewerke (Verfügbarkeit der Unterlagen ab 31. Oktober 2017): Fenster und Türen inkl. Brandschutz und Leichtmetall-Brandschutzportale, geschätzter Auftragswert ca. netto € 156.000,- Ausführungszeitraum Rohbaubeginn Juli 2017, Rohbaufertigstellung Oktober 2017, Gesamtfertigstellung August 2018

Angebotsabgabe: bis Mittwoch, den **22.11.2017, 13:30 Uhr** bei der Stadtgemeinde Poysdorf, Josefsplatz 1, 2170 Poysdorf, Tel: 02552/2200, Fax: 02552/2200-11, gemeinde@poysdorf.at

Zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe beizubringende Nachweise gemäß §46, Abs.3 BVergG

Nachweis der Befugnis (gemäß §71 BVergG)

Nachweis der beruflichen Zuverlässigkeit (gemäß §72 BVergG)

Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – Bonitätsauskunft (gem. §74 BVergG)

Termin und Ort der Angebotseröffnung, für Anbieter öffentlich gem. §118 BVergG:

Mittwoch, den 22.11.2017, 14:00 Uhr in der Stadtgemeinde Poysdorf, Josefsplatz 1, 2170 Poysdorf

Ausschreibende Stelle: Land Niederösterreich Amt der NÖ Landesregierung Gruppe Landesamtsdirektion, Abteilung Gebäudeverwaltung, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten; Auftragsbezeichnung: **Wartung und Inspizierung sämtlicher Außenfenster der Gebäude im Regierungsviertel in 3100 St. Pölten sowie der Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich - Offenes Verfahren.**

Gegenstand des Auftrags: Wartung und Inspizierung sämtlicher Außenfenster der Gebäude im Regierungsviertel in 3100 St. Pölten sowie der Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich; CPV-Codes: 44221000;

Ausschreibungsunterlagen erhältlich unter : <http://www.ulsr.at/index.php?id=78>;



Schlusstermin Angebote/Teilnahmeanträge (Datum oder Tage nach Versendung): **11.12.2017 09:00 Uhr**.

Anbotsöffnung: 11.12.2017 09:30, 3100 St. Pölten, Domgasse 2; Datum der Versendung der Bekanntmachung zur Veröffentlichung im Amtsblatt der EU: 17.10.2017; .L-634059-7a17;

Stellenausschreibungen

LAD2-D-98/107-2017

Das **Landeskrankenhaus Korneuburg-Stockerau**, mit den **Standorten Korneuburg und Stockerau**, versorgt mit derzeit insgesamt 311 Betten/Tagesklinikplätzen die Bevölkerung der Region südliches Weinviertel. Am Standort Korneuburg werden die Abteilungen für Unfallchirurgie, Allgemeinchirurgie, Urologie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Anästhesiologie und Intensivmedizin, sowie das Institut für bildgebende Diagnostik, am Standort Stockerau die Abteilung für Innere Medizin und die operative Tages- und Wochenklinik betrieben. Zwischen den beiden Kliniken gibt es standortübergreifende Kooperationen.

Das **Landeskrankenhaus Korneuburg-Stockerau** sowie 25 weitere Klinikstandorte stehen in der Rechtsträgerschaft des Landes NÖ. Die Betriebsführung der Kliniken erfolgt durch die NÖ Landeskliniken-Holding. Wir sind ein modernes und dynamisches Gesundheitsunternehmen mit hoher Patientenorientierung. Darüber hinaus bieten wir ein innovatives Arbeitsumfeld, zeichnen uns durch ein gutes Betriebsklima aus und eröffnen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umfangreiche Entwicklungsmöglichkeiten.

Am **Landeskrankenhaus Korneuburg-Stockerau** gelangt mit **sofortiger Wirkung** folgende Stelle zur Besetzung:

Konsiliarfachärztin bzw. Konsiliarfacharzt für Augenheilkunde und Optometrie

Unser Angebot an Sie:

- Fachliche Herausforderung
- Innovative, abwechslungsreiche und anspruchsvolle Tätigkeit im Team
- Persönliche Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Möglichkeit zur konsequenten fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung (Aus- und Weiterbildungen)
- Ein vertragliches Dienstverhältnis nach den dienstrechtlichen Bestimmungen des Landes Niederösterreich

Es ist für uns selbstverständlich, die Bestimmungen des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes anzuwenden (www.noel.gv.at/gleichbehandlung). In Bereichen mit einem Frauenanteil unter 45% ist Frauenförderung geboten.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung bis spätestens **27. November 2017** unter <http://noe.gv.at/healthjobs-aerzte> (Pfad: www.noel.gv.at --> Menü Jobs --> Jobs in NÖ Gesundheitsbetrieben --> Ärztinnen bzw. Ärzte) oder per externem Speichermedium an das Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Personalangelegenheiten B, Betreff „LK Korneuburg-Stockerau - Konsiliar Augenheilkunde und Optometrie“, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten.

Nähere Informationen zur Stelle und zur Bewerbung finden Sie unter <http://noe.gv.at/healthjobs-aerzte>

(Pfad: www.noel.gv.at --> Menü Jobs --> Jobs in NÖ Gesundheitsbetrieben --> Ärztinnen bzw. Ärzte).

Für fachliche Auskünfte steht Ihnen der Ärztliche Direktor, Herr Dr. Rainer Ernstberger, MBA, MSc, des Landeskrankenhauses Korneuburg-Stockerau unter der Tel.-Nr.: +43(0)2266/9004-12010 oder der Regionalmanager der Region Weinviertel, Herr DI Jürgen Tiefenbacher, unter der Tel.-Nr.: +43(0)2572/9004-12090 gerne zur Verfügung.

Das **Landeskrankenhaus Hainburg** versorgt mit derzeit 142 Betten die Bevölkerung der Stadt Hainburg und der umliegenden Gebiete am rechten und linken Donauufer, des Bezirkes Bruck a.d. Leitha, des Marchfeldes und Teile des Burgenlandes. Im Krankenhaus werden die Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin inkl. Palliativmedizin, Gynäkologie und Geburtshilfe, ein unfallchirurgisches Department sowie die Institute für Anästhesiologie und Intensivmedizin und Radiologie betrieben.

Das **Landeskrankenhaus Hainburg** sowie 26 weitere Klinikstandorte stehen in der Rechtsträgerschaft des Landes NÖ. Die Betriebsführung der Kliniken erfolgt durch die NÖ Landeskliniken-Holding. Wir sind ein modernes und dynamisches Gesundheitsunternehmen mit hoher Patientenorientierung. Darüber hinaus bieten wir ein innovatives Arbeitsumfeld, zeichnen uns durch ein gutes Betriebsklima aus und eröffnen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umfangreiche Entwicklungsmöglichkeiten.

Am **Landeskrankenhaus Hainburg** gelangt mit **sofortiger Wirkung** folgende Stelle zur Besetzung:

Kaufmännische Leiterin (Direktorin) bzw. kaufmännischer Leiter (Direktor)

Die kaufmännische Direktorin bzw. der kaufmännische Direktor ist Mitglied der Anstaltsleitung und für die Sicherstellung der kaufmännischen Betriebsführung in wirtschaftlichen, administrativen und technischen Angelegenheiten unter Berücksichtigung von Qualitätsstandards, Effizienz und Kostengesichtspunkten sowie im Rahmen der genehmigten Budgets verantwortlich.

Wir suchen eine erfahrene, verantwortungsbewusste und unternehmerisch denkende Persönlichkeit mit mehrjähriger Erfahrung im Krankenhauswesen. An persönlichen Voraussetzungen erwarten wir einen integrativen und kommunikativen Führungsstil. Dabei kommt der Leistungsmotivation der unterstellten MitarbeiterInnen besondere Bedeutung zu.

Wichtig ist weiters die Fähigkeit, die wirtschaftlichen Belange der Krankenanstalt nach modernen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu steuern. Wesentlich ist die konstruktive Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der kollegialen Führung und den Nahestellen in der NÖ Landeskliniken-Holding und dem Land NÖ.

Unser Angebot an Sie:

- Fachliche Herausforderung
- Innovative, abwechslungsreiche und anspruchsvolle Tätigkeit im Team
- Persönliche Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Möglichkeit zur konsequenten fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung (Aus- und Weiterbildungen)
- Ein vertragliches Dienstverhältnis nach den Bestimmungen des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes
- Jährliches Bruttogehalt ab € 55.246,80, abhängig von individuell anrechenbaren Vordienstzeiten sowie beruflicher Qualifikation und Erfahrung

Es ist für uns selbstverständlich, die Bestimmungen des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes anzuwenden (www.noel.gv.at/gleichbehandlung). In Bereichen mit einem Frauenanteil unter 45% ist Frauenförderung geboten.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung bis spätestens **28. November 2017** unter <http://noe.gv.at/healthjobs-kaufmaennische> (Pfad: www.noel.gv.at - Menü Jobs - Jobs in NÖ Gesundheitsbetrieben - Kaufmännischer Bereich).

Nähere Informationen zur Stelle und zur Bewerbung finden Sie unter <http://noe.gv.at/healthjobs-kaufmaennische> (Pfad: www.noel.gv.at - Menü Jobs - Jobs in NÖ Gesundheitsbetrieben - Kaufmännischer Bereich).

Für fachliche Auskünfte steht Ihnen der Regionalmanager der Region Weinviertel, Herr DI Jürgen Tiefenbacher, unter der Tel.-Nr.: +43(0)2572/9004-12090 gerne zur Verfügung.



Redaktion: Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst, 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Chefredakteur Mag. Christian Salzmann; Martin Postl (02742 / 9005, Klappe 12173)

Eigentümer, Verleger und Herausgeber: Amt der NÖ Landesregierung. **Druck:** Amt der NÖ Landesregierung, Landesamtsdirektion, Abt. Gebäudeverwaltung - Amtsdruckerei.

Blattlinie: Informationen, Ausschreibungen und Verlautbarungen amtlicher Kundmachungen (gemäß § 41 (1) AVG) für das Bundesland Niederösterreich sowie allgemeine Informationen des Landes Niederösterreich.

Inseratenverwaltung: 02742 / 9005, Klappe 12181.

Erscheint 2 x monatlich (15. und Letzter). **Abonnementpreis:** 13,00 Euro pro Jahr. **Einzelexemplar:** 0,73 Euro.

Bestellungen sind schriftlich oder per Fax (0 27 42 / 9005 - 13 550) an die Abteilung Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst des Amtes der NÖ Landesregierung, 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, zu richten.
www.noel.gv.at/ausschreibungen e-mail: ausschreibungen@noel.gv.at

Österreichische Post AG MZ02Z032051M
Amt der NÖ Landesregierung, 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1